



Jetzt nicht aufgeben!

Liebe Klufterner Mitbürgerinnen und Mitbürger,

- im März 2005 hat der Gemeinderat von Friedrichshafen und der Kreistag der klufternfeindlichen Umfahrung Markdorf und damit auch dem bahnparallelen Zubringer (K7743 neu) zur B 31 neu (Spaltensteiner Knoten) zugestimmt
- unsere Versuche, die Politiker zu überzeugen, waren erfolglos
- wir Klufterner fühlen uns verraten und verkauft

Trotzdem wird sich ProKluftern weiterhin gegen die Folgen dieser fatalen Beschlüsse wehren!

Politische Beschlüsse sind zwar die Voraussetzung zum Bau neuer Straßen, aber die „Baugenehmigung“ wird erst im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erteilt. Hierbei können wir mit juristischen Mitteln gegen die falschen Straßenbauprojekte erfolgreich kämpfen. Wie beim Planfeststellungsverfahren zur B 31 neu (Spaltensteiner Knoten), müssen wir alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um Kluftern vor der verheerenden Straßenplanung zu schützen.

Wir brauchen Ihre Unterstützung !

Liebe Klufterner,

- lassen Sie jetzt nicht locker im Kampf gegen die geplante Zerstörung der Wohn- und Lebensqualität in Kluftern!
- Unterstützen Sie ProKluftern e.V. im juristischen Widerstand gegen diese historisch einzigartige Bedrohung für Kluftern!

Spenden Sie eine möglichst große Summe, damit wir alle juristischen Möglichkeiten nutzen können!

- Konto Nummer: 23563364, BLZ 69050001, Sparkasse Bodensee -

Können wir auf „Lärm-mindernde Maßnahmen“ hoffen? Pro Kluffern sagt NEIN!

Die Erfahrungen im Bereich B 31 bei Mariabrunn/Eriskirch zeigen deutlich:

- Die Verkehrsbelastung wird verharmlost. Die wirklichen Verkehrszahlen, besonders der LKW-Anteil und die Auswirkung der LKW-Maut werden bewußt unterschätzt.
- Der entstandene Verkehrslärm ist größer und reicht viel weiter als vorhergesagt.
- Bereits die sogenannten zulässigen Lärm-Grenzwerte sind unerträglich und unzumutbar.
- An Lärm kann man sich nicht gewöhnen, sondern er macht nachweisbar krank.
- Für wirksamen Lärmschutz ist kein Geld da.
- Auch wohlmeinende Politiker können keinen Lärmschutz zusagen, weil sie dies gar nicht zu entscheiden haben. In Eriskirch wurde der versprochene Lärmschutz nicht gebaut.
- Nicht Politiker entscheiden über Lärmschutz, sondern das Planfeststellungsverfahren, aber auch nur dann, wenn aus der Bevölkerung massiver Widerstand kommt

